

Stand: 27.03.93

Dokumentation zur Notübernachtung

1992/93

in der Auenkirchengemeinde

Verfasser: Mallmann/Veltmann

1. Allgemeines

2. Organisation

- a.) Räume
- b.) Einrichtung
- c.) Das Team
- d.) Wäsche
- e.) Einkauf
- .f.) Kontakt zu Beratungsstellen und Projekte
- g.) Verwaltung
- h.) Öffentlichkeitsarbeit
- i.) Kontakt zur Gemeinde

3. Pädagogische Konzeption und Betreuung

- a.) Die Hausordnung
- b.) Nichteinhaltung der Niedrigschwelligkeit
- c.) Bildung von Stammgruppen
- d.) Die Abendgestaltung

4. Der Personenkreis

- a.) Gesundheit/Krankheit
- b.) Lebensunterhalt/Lebenssituation
- c.) Perspektiven/Wohnraumversorgung/Hindernisse

5. Auslastung

6. Kosten/Verbrauch

7. Empfehlungen/Forderungen

1. Allgemeines:

Einige Mitglieder der Auengemeinde und ein Pfarrer hatten von den guten Erfahrungen der Notübernachtung (NÜ) in der Epiphaniengemeinde gehört und waren daran interessiert, eine solche Notübernachtung in einem Ihrer Räume durchzuführen. Die beiden KoordinatorInnen wurden zu einem Zeitpunkt von VertreterInnen der Gemeinde angesprochen, die Notübernachtung zu organisieren, als die Raumfrage soweit geklärt war.

Die Planung und praktische Umsetzung wurde einem BetreuerInnen-Team, bestehend aus 15 Personen, inkl. und primär einem KoordinatorInnenteam bestehend aus zwei Personen übertragen.

Die Ausführungsphase überdauerte den geplanten Zeitraum vom 01.11.1992 bis zum 31.03.1993.

2. Organisation

a.) Räume

Die unter diesem Punkt aufgeführte Schilderung der Räumlichkeiten ist (bis auf die Kleiderkammer) gleichzeitig eine Aufzählung der räumlichen Mindestanforderungen, um eine Notübernachtung durchzuführen.

Die evangelische Auenkirchengemeinde hat im Winter 1992/93 erstmals eine Notübernachtung für obdachlose Männer beherbergt.

Die Notübernachtung war konzipiert, um 8 obdachlosen Männern gesicherte Schlafgelegenheiten inkl. notwendiger Verköstigung und Hygiene anzubieten.

Die Gemeinde stellte dafür einen Keller(Souterrain-)raum (ca. 35qm) in ihren Gebäuden Wilhelmsaue 118- 120 zur Verfügung. Der Raum, normalerweise von einer TöpferInnen - und einer Jugendgruppe genutzt, welche für die 5 Monate auf ihre Räume verzichten haben oder sich in anderen Räumen trafen, hat von außen einen eigenen Zugang und kann gut belüftet werden. Beleuchtung, Zentralheizung Toilette und ein kleines Waschbecken waren vorhanden. Zusätzlich mußten eine Dusche und eine Klingelanlage aus Zuwendungsmitteln des Senats installiert werden. Ebenso waren die Anschaffung von Einrichtung und Haushaltsgegenständen notwendig. Neben der Finanzierung über den Senat für Soziales (vertreten von Hr. Brose/ Fr. Türpe), stellte die Gemeinde einen Antrag und reichte Kosten-

voranschläge ein. Außerdem hat sich die Gemeinde wesentlich mit Sachspenden beteiligt.

Nach Genehmigung gab die Gemeinde den Auftrag der Installation an eine Firma.

Das gleiche Verfahren wurde bei der Installation einer notwendigen Klingel für den Raum der Notübernachtung und der Gegensprechanlage mit dem BetreuerInnenraum eingehalten.

Es mußte noch ein Schlafraum und ein Telefonanschluß für die BetreuerInnen gefunden werden.

Nach Gesprächen mit der Diakoniestation, die Mieter der Räume direkt über dem Raum der Notübernachtung sind, wurden uns zwei Büroräume zur Verfügung gestellt, einschließlich ihres Telefonanschlusses. In diesen Räumen konnten die BetreuerInnen in Schlafsäcken auf Isomatten schlafen, welche während des Tages in einem Schrank verstaut werden konnten. Betreueräume und Übernachtungsraum waren für den Notfall direkt mit einer Gegensprechanlage verbunden. Der Weg von einem zum anderen Raum konnte binnen Sekunden zurückgelegt werden.

Die über dem Raum angesiedelte Bezirksstelle des Diakonischen Werkes ermöglichte zusätzlich die Nutzung einer Kleiderkammer. Notwendig war weiterhin eine Möglichkeit, Geschirr spülen zu können.

Da es keine günstige Möglichkeit gab, eine Spüle in dem Notübernachtungsraum zu installieren, einigten wir uns darauf, das Geschirr in der Gemeindeküche zu spülen, die in einem ca 150 Meter entfernten Haus lag.

Eine Waschmaschine war nicht für uns zugänglich, ebensowenig eine Stellfläche für dieselbe (siehe Pkt.: Wäsche).

Um den Schlaf - vom Aufenthaltsbereich abzutrennen, haben wir einen raumtrennenden Vorhang gezogen. Der Bereich, in dem gekocht wurde, wurde durch ein großes Büffet von restlichen Raum abgetrennt.

b.) Einrichtung

Die Gemeindemitglieder hatten den Raum bis auf drei Schränke, zwei Regale, ein großes Büffet, zwei Tische, 12 Stühle und einen Kühlschrank leergeräumt.

Beleuchtung war ausreichend vorhanden.

Wir benötigten noch die 9 Betten, welche wir durch Kontakt zu einer anderen Kirchengemeinde gespendet (Bestände aus der US Army und ehem. NVA) bekamen und in einem geliehenem Transportfahrzeug in die Notübernachtungsräume brachten. Die Möbel für die Sitzecke erhielten wir aus dem Möbelbestand der Gemeinde im Pfarrhaus. Durch einen Spendenaufruf wg. ausrangierter Haushaltsgegenstände und Hygieneartikel, konnten wir einen großen Teils unseres Bedarfs decken.

Dadurch konnten sich Gemeindemitglieder an dem Projekt sinnvoll beteiligen, woran viele sehr interessiert waren und es konnten die Anschaffungskosten einmaliger Sachmittel deutlich gesenkt werden. Jene Haushaltsartikel, die wir nicht durch Spenden erhielten, haben wir eingekauft, so daß uns ein ausreichend eingerichteter Haushalt zur Verfügung stand.

Ein Elektroherd stand uns durch eine Gemeindespende zur Verfügung.

c.) Das Team

Das Team wurde durch die KoordinatorInnen zusammengestellt, wobei sie auf Personen zurückgriffen, die ihnen aus dem Sozialarbeitsstudium, aus anderen Arbeitszusammenhängen, oder privat bekannt waren.

Das Team bestand aus 15 Personen, von denen 9 schon einmal oder mehrmals in einer Notübernachtung gearbeitet hatten.

6 von 15 MitarbeiterInnen (Abkürzung :Mitarb.) hatten noch nie mit obdachlosen Männern gearbeitet.

8 von 15 Mitarb. waren AbsolventInnen eines Pädagogischen Studiums, davon waren 4 gerade im Berufspraktikum.

9 von 15 studierten während der Notübernachtungsmonate, 6 gingen einer Vollzeitbeschäftigung nach.

Durch die Teamgröße übernahm jede/r Mitarb. 2-6 Dienste im Monat. Die Homogenität des Teams führte zu einer Multiplizierung der sehr unterschiedlichen Qualitäten jedes einzelnen. So konnten ausländischen Männern, die kaum deutsch sprachen, von jenen Mitarb. beraten werden, die ihre Sprache beherrschten. Es konnte medizinische und sozialarbeiterische Beratung (auch Mithilfe bei Formalitäten, Verweise an zuständige Beratungsstellen und Ämter) professionell durchgeführt werden.

Durch die Vielfältigkeit der individuellen Abendangebote konnten die Betreuten profitieren.

Die Teamgröße hat sich in unserem Projekt als optimal erwiesen. Der Informationsfluß über routinemäßige oder besondere Vorkommnisse geschah über ein Dienstbuch, in dem der Abendverlauf von den jeweiligen Mitarb. kurz wiedergegeben wurde.

Auf diese Weise war jede/r Diensthabene über Vorkommnisse und Verabredungen mit Betreuten und Stimmungen informiert, die seit seinem/ihrem letztem Dienst bemerkenswert waren.

In einem Helferordner waren weiterhin alle Notfalladressen, sowie andere Notübernachtungen jederzeit für alle Mitarb. verfügbar. Einmal im Monat fand in den Räumen des Diakonischen Werkes eine mehrstündige Teamsitzung statt, in der über einzelne Vorkommnisse, generelle Umgangsformen in bestimmten Situationen und die allgemeine Entwicklung besprochen wurde. Dort wurde auch der Dienstplan festgelegt, sowie besondere Betreuung von einzelnen Betreuten geplant.

Die Konzeption des Notübernachtungsprojektes wurde, nach Vorbereitung durch die KoordinatorInnen, in einem Treffen aller MitarbeiterInnen diskutiert und beschlossen (siehe Hausordnung). Es wurde über Fragen, wie Umgang mit Alkohol, Drogen, Gewalt, ausführlich gesprochen, so daß sich auch die unerfahrenen MitarbeiterInnen ein Bild von den Problemen machen konnten, die möglicherweise auftreten könnten.

Im ersten Monat war immer mindestens eine/r der sieben Mitarb. im Nachtdienst, die schon Notübernachtungserfahrung aus den Jahren zuvor hatte.

Die KoordinatorInnen übernahmen im Team organisatorische Funktionen (z.B. Organisation der Teamsitzungen, Beauftragung der Wäscherei, Kontakt zu Gremien in der Gemeinde usw.).

Für das Team waren sie ggf. AnsprechpartnerInnen in Konfliktsituationen, um zu klären bzw. die Thematik für das Team aufzubereiten. Sie hatten jedoch kaum anweisende Funktion.

Für die Gemeinde, die Bezirksstelle des DW und der Diakoniestation waren sie die Verantwortlichen.

Im Januar 1993 wurde zur Unterstützung der KoordinatorInnen für diese Tätigkeiten notwendigerweise eine Organisationsstelle mit einem Stundenumfang von 5 Wochendoppelstunden bewilligt.

Die Funktionen dieser Stelle finden sich im angehefteten Antrag für die Stelle formuliert.

Nach unserer Einschätzung benötigt ein Notübernachtungsprojekt alleine für die notwendigen koordinatorischen Arbeiten, die anfallen eine Stelle von 20 Wochenstunden. Würden wir die Verwaltungsarbeiten, die Öffentlichkeitsarbeit und die zeitweise unbedingt notwendige Einzellbetreuung von Klienten mitbedenken, müsste das Projekt eine Finanzierung von 40 Wochenstunden erhalten.

d.) Wäsche

Die Wäsche (unter Wäsche sind hier Bettlaken, Bettbezüge, Kopfkissen, Handtücher und Geschirrhandtücher zu verstehen) wurde von der Firma Testorp gestellt. Die gestellte Wäsche wurde von ihr gewaschen, da dem Projekt keine Waschmaschine zur Verfügung stand. D.h. die Schmutzwäsche wurde auf Anruf hin am nächsten Tag abgeholt und frische Wäsche nach den Angaben der KoordinatorInnen geliefert. Dies war besonders wichtig, da besondere Situationen einen plötzlich stark erhöhten Wäschebedarf erforderten (z.B. als wir Lausbefall feststellten).

Die Beauftragung einer Wäscheleihfirma erspart die Anschaffung von Wäsche und kann schnell auf Engpässe reagieren. Außerdem erfordert sie nur einen geringen organisatorischen Aufwand im Vergleich zu anderen Lösungen.

e.) Einkauf

Der Lebensmitteleinkauf wurde in der Regel zweimal wöchentlich erledigt. Dabei gingen ein(e) Mitarb., manchmal auch mit zwei Betreuten, in ein nahegelegenes, preiswertes Lebensmittelgeschäft, um die Grundnahrungsmittel zu besorgen.

Der Speiseplan wurde meistens von dem für die Küche zuständigen Betreuten (siehe unter "Stammgruppenbildung") in Abstimmung mit den anderen Männern erstellt.

Besondere oder einzelne Besorgungen wurden dann von den Betreuten alleine oder von einer/m Mitarb. erledigt.

Nachdem eine Stammgruppe entstanden war, wurde für kleinere Besorgungen z.T. auch Geld an die Betreuten ausgehändigt, damit diese einen notwendigen Einkauf während des Tages erledigen konnten. Wir haben damit ausschließlich gute Erfahrungen gemacht.

Zustatz zur Anlage
1. Personalkosten

Antrag auf die Gewährung einer Organisationshilfe

Hier soll, die Stellensituation der Auengemeinde, hinsichtlich der Notübernachtung geschildert werden und eine Stellenbeschreibung der beiden KoordinatorInnen gegeben werden, um die Notwendigkeit einer Organisationshilfe verständlich zu machen.

Die Auengemeinde hat für das Notübernachtungsprogramm keine personellen Kapazitäten frei, so daß die Notübernachtung von gemeindefremden Personen (SozialarbeiterInnen) auf ehrenamtlicher Basis organisiert wurde!

Dazu gehörte die Zusammenstellung eines Teams, die Auswahl und Einrichtung der Räumlichkeiten in Absprache mit dem Pfarrer und den Hausmeistern der Gemeinde, die Fertigung von genügend Schlüsseln, Absprachen über Schlafmöglichkeiten für die BetreuerInnen mit der Bezirksstelle des Diakonischen Werkes und der Diakoniestation, Fertigung und Verteilung von diversen Spendenaufrufen, die die Neuanschaffungen deutlich verringern konnten, Fertigung der Vertrages mit einer Wäscherei, Absprachen mit anderen Notübernachtungen, um z.B. sicherzustellen, daß es eine Notübernachtung für Frauen gibt, die Publizierung der Notübernachtung in den Wärmestuben und Suppenküchen und vieles mehr.

Diese vielen Arbeitsstunden und organisatorischen Leistungen, ohne die es die Notübernachtung in der Wilhelmsaue nicht gäbe, sind durch den Senat von Berlin nicht entlohnt worden, da von Ihnen davon ausgegangen wird, daß die Gemeinden die Arbeitskräfte dafür stellen.

Daß dies hier nicht der Fall ist, sondern die Notübernachtung von zwei SozialarbeiterInnen neben ihrer Vollzeitbeschäftigung organisiert wurde und wird, haben wir in unserem letzten Antrag schon beschrieben.

Damit das Notübernachtungsprogramm in der Auengemeinde mit seiner reibungslosen Organisation weiterlaufen kann, halten wir eine Organisationshilfe für notwendig, die dringende Einkäufe von Lebensmitteln, Hygieneartikeln und Putzmitteln sicherstellen kann, sowie im Notfall Klienten zu Stellen begleiten kann, die demselben weiterhelfen können. Dies kann von den MitarbeiterInnen in der Nachtschicht nicht erwartet werden.

Die Organisationshilfe ist weiterhin eine Unterstützung der vielseitigen - und vielstündigen Belastungen der KoordinatorInnen, die folgende Aufgaben regelmäßig und verbindlich übernehmen:

- 1.) Teambetreuung (in Form von mindestens monatlichen Teamsitzungen und Erstellung der Dienstpläne, sowie Abrechnungen von Honoraren und supervisory-tätigkeiten
- 2.) Einsatz in Konfliktsituationen oder im Krankheitsfall innerhalb des Teams,
- 3.) Kontakt zur Gemeinde, über die monatlichen Gemeindetreffen hinaus
- 4.) Abrechnung von Quittungen und Kalkulationen,
- 5.) Absprachen mit der Wäscherei .
- 6.) Verbindungsarbeit zu anderen Projekten, die mit Obdachlosen arbeiten, sowie Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr

Wir stellen deshalb den Antrag auf die Finanzierung einer Organisationshilfe mit einem Stundenumfang von mindesten 5 Doppelstunden in der Woche, was für die ehrenamtlichen KoordinatorInnen zumindestens eine kleine Entlastung darstellen würde und zumindestens eine symbolische Anerkennung ihrer Arbeit bedeuten könnte (ähnlich wie die symbolische Miete, die die Gemeinde für die Raumnutzung durch die Obdachlosen erhält).

Langfristig wird es nach unserer Einschätzung zum Erhalt des Notübernachtungsprogramms in den nächsten Jahren sicher notwendig sein, die gesamte Organisation durch dafür festangestellte Organisationskräfte zu garantieren. Wir legen Ihnen einen Artikel bei, aus dem hervorgeht, welche laufenden koordinatorischen Aufgaben in der Gemeinde angefallen waren, die unbedingt einen Koordinator erforderten.

In der Hoffnung, daß Sie diesen Antrag positiv bescheiden können verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Nach der Bewilligung der Organisationskraft, ab Januar '93, konnte der Einsatz einiger Mitarb. für die häufigen, zeitaufwendigen Einkäufe entlohnt werden. Eine Kraft, die die alleinige Verantwortung für den Einkauf übernehmen wollte, war nachträglich nicht zu finden.

f.) Kontakt zu Beratungsstellen/Projekten

Es hat sich für uns als sinnvoll erwiesen, den ständigen Kontakt zu Beratungsstellen und anderen Einrichtungen zu suchen. So ergibt sich daraus einerseits eine bessere Vernetzung von Hilfsangeboten für die Betroffenen, "doppelte" Betreuung kann eher vermieden werden. In Gremienarbeit kann mehr Information und Erfahrungen ausgetauscht werden. So kann man auch einem Gesamtkonzept durch Vernetzung eher gerecht werden. Als nachteilig hat sich dabei der vermehrte Zeitaufwand erwiesen, obwohl einer der beiden KoordinatorInnen als Mitarbeiter der zentralen Beratungsstelle für Wohnungslose durch seine Doppelfunktion die Kommunikation wesentlich erleichtern konnte.

g.) Verwaltung

Ein Stiefkind der anfallenden Arbeit in der NÜ ist die Verwaltungsarbeit. Sie ist lästig, zeitaufwendig und eintönig. Sie umfasst alles von der Antragstellung über das Zusammentragen sämtlicher Bon's, der Berechnungen des aktuellen Standes sämtlicher laufender Personal- und Sachkosten bis zur Zwischen- bzw. Endabrechnung. Auch hier ergibt sich die Schwierigkeit des schnellen Informationsflusses zwischen Projektverantwortlichen und Gemeindeverantwortlichen. So muß beispielsweise ein Betreuer, der noch dringend einen Liter Milch besorgen muß, die Quittung weiterleiten an den/die KoordinatorIn. Diese/r muß sammeln berechnen, gegenzeichnen und weiterleiten an den verantwortlichen Pfarrer der Gemeinde. Dieser muß prüfen, zur Auszahlung anweisen und über die Küsterei weiterleiten an das Kirchliche Verwaltungsamt, welches prüft, abheftet und ausbezahlt. Diese Vorgänge sind aus Gründen der Kontrolle notwendig, aber mühsam.

Durch den Einsatz von EDV konnten die Koordinatoren einige verwaltungstechnische Vorgänge beschleunigen. Doch möchten wir auch auf den engagierten Einsatz von Pfarrer, Küsterei und KVA

hinweisen, die die Mehrarbeit stillschweigend hingenommen haben und uns stellvertretend bedanken.

h.) Öffentlichkeitsarbeit

Ein weiterer wichtiger Teil des Projektes war die Öffentlichkeitsarbeit. Sie ist zunächst notwendig, um Verständnis bei den Gruppen zu schaffen, die direkt vom Projekt tangiert wurden. So mußten sowohl eine TöpferInnengruppe, sowie eine Jugendgruppe den Raum abgeben, der benötigt wurde. Anwohner und Gemeindemitglieder beobachteten die Entwicklung teils neugierig, teils kritisch. Um hier eine vielfach nicht beachtete Problematik transparent zu machen, schrieben die KoordinatorInnen und der Pfarrer einerseits Artikel im Gemeindeblatt, sowie in der Obdachlosenzeitung "BINFO". Es wurden Vorträge und Infoveranstaltungen von den KoordinatorInnen durchgeführt (z.B. im Diakonietreffen). Gespräche mit Gemeindemitgliedern, aber auch anderen Interessierten ergaben sich oft spontan.

i.) Kontakt zur Gemeinde

Der Kontakt zwischen der Gemeinde wurde institutionell durch ein monatliches Treffen mit einem Gremium der Gemeinde, dem sowohl Pfarrer Barthen als auch die ehem. Gemeinderatsvorsitzende Fr. Cleinow angehörten, installiert.

Dort kam es zum Austausch, wie das Projekt sich gestaltet. Probleme organisatorischer Art wurden dort erörtert und die Entwicklung der Gruppe besprochen.

Dort wäre Raum gewesen für die Kritikpunkte das Projekt betreffend von Gemeindemitgliedern.

Da es wenige Reibungspunkte gab, behielten die Treffen oft einen rein informativen Charakter. Doch gerade zu Anfang und zu Ende des Projektes erwies es sich als erforderlich, sich mit allen Beteiligten, d.h. Pfarrer, Diakoniestation, Diakonisches Werk, Gemeindegruppen, Hausmeister, Küsterei usw. oft und regelmäßig auszutauschen.

Verantwortlich für die Finanzabwicklungen der Gemeinde war einer der Pfarrer der Auengemeinde, Herr Barthen.

Er stand in Kontakt zu den Entwicklungen innerhalb des Projektes, indem er häufig für kurze Zeit am Abend zu Besuch in den Notüber-

nachtungsraum kam oder die KoordinatorInnen zu informellen Gesprächen traf.

Neben den schon erwähnten Kleider- Essens- und Sachspenden einzelner Gemeindemitglieder gab es interessierte Personen, die manchmal Abends zu den Männern zu Besuch kamen, was immer positiv von denselben aufgenommen wurde. Aus diesem Kontakt wurden die Betreuten von einer Frau aus der Gemeinde zum Weihnachtessen eingeladen, was Sie sehr gerne annahmen.

Die Anbindung eines Notübernachtungsprojektes an eine Gemeinde ist aus unserer Sicht sehr zu begrüßen.

Mit einer größeren Kapazität einer Koordinationskraft hätte die Anbindung an die Gemeinde enger sein können, was Perspektiven (z.B. Wohnraum durch einen Hausverwalter, der Gemeindemitglied ist) für die obdachlosen Männer schaffen könnte.

3. Pädagogische Konzeption und Betreuung

a.) Die Hausordnung

Zur Durchführung des Projektes war es notwendig, eine Reihe konzeptioneller Grundlagen zu erarbeiten. Eine davon war die mögliche Gestaltung der Abendstunden/Morgenstunden und in diesem Zusammenhang ein Mindestmaß an Regelungen, die "Hausordnung". Die "Hausordnung" wurde von den beiden Koordinatoren vorbereitet und vom Team vor Beginn des Projektes erörtert und in der nachfolgenden Fassung einstimmig beschlossen:

- Keine Alkohol/ Keine Drogen

Alkohol und Drogenkonsum sollte in der Notübernachtung weitgehend vermieden werden. Dabei sollten die Betroffenen weder berauscht erscheinen, noch Alkohol/Drogen mit in die NÜ bringen oder konsumieren. Zur Durchsetzung wurden einerseits Gespräche mit einzelnen bzw. der ganzen Gruppe geführt, andererseits standen verschiedene Sanktionen wie Verwarnungen oder als letzte Konsequenz das Hausverbot (befristet) zur Verfügung. Die beschriebenen Mittel mußten in Einzelfällen in allen Abstufung angewendet

werden. Sinn dieser Regelung war der möglichst ungestörte Aufenthalt aller Beteiligten und eine latente Aufforderung zur verstärkten Selbstkontrolle der Betroffenen bei gleichzeitiger Sicherung der Grundversorgung durch die NÜ.

Nach Absprache im Team hatte allerdings jede(r) BetreuerIn einen Ermessensspielraum und war angehalten, diesen sowohl mit dem/der zweiten BetreuerIn als auch mit den betroffenen Männern selbst zu diskutieren. Dogmatische Auslegungen sollten verhindert werden. Je mehr sich das Projekt dem Ende näherte, desto schwerer fiel es für die BetreuerInnen Verstöße zu sanktionieren, was zuletzt auch noch Unfrieden stiftete. Dabei wurde die Notwendigkeit dieses Punktes nochmal sichtbar.

- keine Gewaltanwendung/ keine Waffen

Dieser Punkt war uns besonders wichtig. Es bestand zwar jederzeit die Möglichkeit Konflikte auszutragen, doch sollte dieser Punkt die Ebene der Austragung bestimmen. So wurde weitestgehend sowohl Gewaltanwendung in physischer als auch verbaler Art, sowie das Mitbringen von Waffen unterbunden und andere Formen der Auseinandersetzung gesucht. Die Einhaltung des "Alkoholverbotes" spielte dabei eine wesentliche Rolle. Alkohol erwies sich bei "heftigen" Konflikten als Katalysator für physische Gewaltbereitschaft.

- Bettenreservierung/ "Bunkern"

Es war für den einzelnen prinzipiell möglich, sich "sein" Bett für den nächsten Abend zu reservieren. Praktisch bedeutete dies, daß jeder, der bereits für eine Nacht ein Bett hatte, ohne extra dieses anzusprechen, sein Bett am folgenden Tag bis spätestens 20.00 Uhr beanspruchen konnte. Bei vorheriger Anmeldung konnte das Bett sogar am 2. Tag noch bis 20.00 beansprucht werden. Diese Regelung sollte den Männern in der Frage der folgenden Nacht eine relative Sicherheit vermitteln. Diese Regelung erwies sich als wichtiger Faktor der psychischen Stabilisierung und hatte für alle Betroffenen eine entspannende Wirkung, was sich sehr auf die abendliche Atmosphäre auswirkte. Zudem förderte diese Regelung eine Art Zusammengehörigkeitsgefühl, welches oben unter dem Punkt "Stammgruppenbildung" angesprochen wurde. Die zentrale Bedeutung dieser "relativen Sicherheit" wurde uns gegen Ende des Projektes durch deren Wegfall wieder bewußt, als sich aufgrund der entstehenden Frustration ("Endzeitstimmung") die Atmosphäre wesentlich verschlechterte.

"Bunkern", d.h. das Deponieren von Gegenständen in der NÜ sollte zunächst eng begrenzt werden, um die Räumlichkeiten nicht überzustrapazieren. Stillschweigend wurde jedoch dann das Bunkern zahlreicher Gegenstände erlaubt, da viele der Betroffenen kaum Möglichkeiten zur Aufbewahrung ihres Hab und Gutes besitzen.

- "Läuseschein" bei Erstanmeldung

Das BetreuerInnenteam ("Team") entschied nach intensiven Meinungsaustausch für die "Läusescheinregelung", wobei jeder neue Betroffene durch die BetreuerInnen am 1. Abend auf Nissen hin untersucht wurde, und spätestens am zweiten Abend einen "Läuseschein" vorlegen sollte. Diese wurden in der Regel von der Desinfektionsstelle im Gesundheitsamt Wedding ausgestellt und sollten im Falle eines Läusebefalls die Übertragung auf den Rest der Gruppe verhindern. Doch diese Vorkehrung konnte auch das zweimalige Auffinden von Nissen bzw. Läusen, sowie darauffolgende aufwendige Reinigungsaktivitäten nicht verhindern.

- Bettruhe 22.30

Dieser Punkt wurde mit den Männer eingehend abgesprochen und zeitweise auch von Betroffenen eingefordert. Der ausreichende Schlaf bewies sich als wichtiges Kriterium für die Bewältigung des folgenden Tages, sowie für die körperliche Konstitution des einzelnen. Nächtlich Störfälle wie Konflikte (z.B. Streit wg. nächtlichem Radiohören, zu lautes Schnarchen, Auseinandersetzungen usw.) mußten dementsprechend "nachbesprochen" werden.

Die "Hausordnung" wurde soweit von fast allen Beteiligten gut aufgenommen und Verstöße teils auch heftig in der Gruppe diskutiert. Zu "lasches" Durchsetzen jener durch die BetreuerInnen wurde von Betroffenen teils "augenzwinkernd" genutzt (siehe "Bunkern"), teils heftig kritisiert.

Die "Hausordnung" gab einerseits den Rahmen für jene, die die Regelmäßigkeit woanders (z.B. in Pensionen) nicht finden, stellte aber andererseits für jene, die diese Form von Regelung aus irgendwelchen Gründen (z.B. bei schweren Formen von Alkoholabhängigkeit) nicht mehr akzeptieren können eine beinahe unüberwindliche Hürde dar.

b.) Nichteinhaltung der Niedrigschwelligkeit

Wie aus der Hausordnung ersichtlich haben wir für die Notübernachtung verschiedene Hürden errichtet, die von den Betreuten genommen werden mußten. Damit sind jene Mindestleistungen gemeint, die jeder Betreute zu erbringen hatte, wie einen "Läuseschein", einen so niedrigen Alkoholpegel, daß Gespräche noch möglich waren, die Abstinenzfähigkeit von Drogen jeglicher Art über die Nacht, die Bereitschaft und Fähigkeit sich an notwendigen Arbeiten (z.B. Kochen) zu beteiligen.

Die Gruppe der Betreuten wurde dadurch eingegrenzt auf solche Bewohner, die diese Fähigkeiten mitbrachten.

Die Schwellen waren sinnvoll, da durch deren Einhaltung ein reibungsarmer Verlauf der Nächte wahrscheinlicher ist. Eine konfliktarme Atmosphäre halten wir für eine wichtige Grundvoraussetzung der Eigenstabilisierung.

Vor allem durch die vorgegebene "Alkoholgrenze" konnten Konflikte besprochen werden, so daß Gewalt unter den Betreuten verhindert werden konnte (mit einer Ausnahme, wobei Alkohol eine Rolle spielte!), trotz deren andauernder starker psychischer Anspannung.

Weiterhin konnten von den Betreuten Aufgaben in Eigenverantwortung übernommen werden, was für sie selbst eine hohe Stabilisierungsfunktion hat und wodurch mehr Zeit für die BetreuerInnen zu Gesprächen/ Beratung blieb.

Notwendige Ausnahmen, wie die z.B. Übernachtung von zwei Drogensüchtigen konnten den Ablauf nicht weitergehend stören.

c.) Bildung von Stammgruppen

Unser Pädagogisches Konzept intendierte die Bildung von Stammgruppen, was durch die Möglichkeit der Bettenreservierung (siehe Hausordnung) gefördert wurde.

Es waren trotzdem immer 3 Betten von Männern belegt, die nur für wenige Nächte in unserer Notübernachtung schliefen.

Vorteile einer Stammgruppe sind:

- Erfahrung von Regelmäßigkeiten im Tagesablauf über einen längeren Zeitraum.
- Gesunde Ernährung über einen längeren Zeitraum verbesserte die körperliche Befindlichkeit.
- Aufbau von Beziehungen zu BetreuerInnen und anderen Betreuten,

brachte zwangsläufig die Erfahrung von Verlässlichkeit auf andere mit sich.

- Erfolgserlebnisse konnten die Männer durch die Erbringung regelmäßiger Aufgaben und die Beachtung der eigenen Qualitäten durch die anderen machen.
- Sie konnten Erfahrung der Anwendung von funktionierenden Konfliktlösungsstrategien und Kompromißfähigkeit machen, aus Interesse an der Gemeinschaft.

Die psychische Stabilität, die mit Hilfe o.g. Erfahrungen den Betreuten ermöglicht wurde - die sie sich selber schafften -, konnte den Betreuten das Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten so stärken, daß sie sich an die Erledigung langaufgeschobener, lebenswichtiger Erstbesorgungen (Antrag auf Sozialhilfe, Inangriffnahme von Arztbesuchen usw.) heranwagten und auch zu anderen notwendigen Dingen wie Krankenhausaufhalten oder Behördengänge motivieren konnten. Durch die Kontakte zu anderen Beratungsstellen und Projekten konnten 4 Betreute in Wohnungen / Wohnheimen untergebracht werden. Für zwei ausländische Betreute konnte der Besuch einer Sprachschule unterstützt werden.

Neben diesen perspektivisch wichtigen Funktionen einer Stammgruppe konnten sich die betreuerischen Angebote nach den Wünschen der Betreuten richten, da sie mit ihnen abgestimmt werden konnten. So konnte den Männern dreimal ein Kinobesuch angeboten werden, der aus gebundenen Spenden der Gemeinde finanziert wurde. Weiterhin wurde eine Weihnachtsfeier mit ihnen ausgerichtet und es fand ein gemeinsamer Besuch der " Grünen Woche " statt.

d) Die Abendgestaltung

Nach dem Einlaß um 19.00 Uhr wurde Tee und Kaffee gekocht, während die Männer über ihre Tageserlebnisse diskutierten. Neue Bewohner konnten sich bekannt machen. Im Allgemeinen waren die meisten Männer bis 19.30 Uhr eingetroffen, so daß mit dem abendlichen Kochen gemeinsam begonnen werden konnte.

Wir legten auf das gemeinsame Kochen besonderen Wert, da es für die Männer Mitgestaltung und die Übernahme von Eigenverantwortung bedeutete und durch die Mahlzeit den Männern ein Angebot ausgewogener, vitaminreicher Ernährung gemacht werden konnte. Die Zubereitung der Mahlzeiten sollte überwiegend von den Betroffenen,

unter Assistenz der Mitarb., übernommen werden. Maßgebend für den Speiseplan, Einkaufsliste und Kochregie war zumeist nur ein und dieselbe Person, der jeweilige Koch. Es zeigte sich, daß diese Rolle von zentraler Bedeutung war. Als "chef de la cuisine" hatte er eine Sonderrolle, die von allen Beteiligten anerkannt war. Der jeweilige Koch hatte einen besonderen Mitgestaltungseinfluß, setzte sich aber gleichzeitig größerer Verantwortung und Kritik aus. Diese Rolle wurde während der gesamten Zeit von nur 4 Personen eingenommen. Glücklicherweise gab es bis auf zwei Situationen in den 5 Monaten keine Konkurrenzrängeleien um diese Funktion.

Das Essen wurde dann gemeinsam an einem großen Tisch eingenommen. Dieses Ritual erzeugte eine fast familiäre Atmosphäre, in der Gespräche, vor allem Erzählungen aus besseren Zeiten sowie mögliche Perspektiven ihren Platz fanden.

Nach dem Essen wurde von einer/m BetreuerIn und mindestens zwei Betreuten abgespült. Die Anderen räumten auf, setzten ihre Gespräche fort, duschten, rasierten sich oder zogen sich zurück. War das Spülen und die Aufräumarbeiten beendet, fand sich meist eine gemütliche Spielerunde zusammen (Karten, Risiko, Schach, Mensch - Ärgere - Dich - nicht usw.), während einzelne ggf. (Beratungs-)gespräche mit den BetreuerInnen suchten.

Da der Schlafbereich von dem Aufenthaltsbereich durch einen Vorhang abgetrennt war, konnten diejenigen, die es wünschten, früh schlafen gehen bzw. mußte die Nachtruhe nicht unbedingt bedeuten, daß alle Bewohner zu einer bestimmten Zeit schlafen zu gehen hatten.

Die BetreuerInnen verließen den Raum der Männer um 23.00 Uhr und zogen sich in ihre Räume zurück. Dort waren sie durch eine Gegensprechanlage mit dem Raum der Betreuten verbunden, also in ständiger "Rufbereitschaft". Nächtliche Zwischenfälle gab es glücklicherweise nur sehr selten, vor allem aber in der "Schlußphase" des Projektes ("Endzeitstimmung"). Morgens wurden die Männer um 7.00 Uhr geweckt (oder weckten die Betreuer), führten ihre Morgen-toilette durch und frühstückten bis 8.00 Uhr (Sonntag bis 9.00 Uhr).

Sollte ein dringender Einkauf nötig gewesen sein, wurde dann nach 8.00 Uhr noch von ein bis zwei Betreuten und den BetreuerInnen eingekauft.

4. Der Personenkreis

Die NÜ wurde insgesamt (Stand. 18.03.93) von 33 alleinstehenden obdachlosen Männern genützt. Das Gros der (ca. 60%) Männer ist im Alter zwischen 35 und 50 Jahre alt. Mehr als die Hälfte der Männer ist schon über 2 Jahre wohnungslos. Ein kleinerer Anteil davon (ca. 20%) ist bereits länger als 5 Jahre wohnungslos.

a.) Gesundheit/ Krankheit

Nach unseren Erfahrungen während des Winters, aber auch der Winter davor, ist die Erhaltung der Gesundheit ein zentrales Problem bei obdachlosen Menschen. Ein beträchtlicher Teil der Besucher der NÜ hat ernstzunehmende gesundheitl. Probleme (ca. 75%). Das Leben der meisten der Betroffenen ist von Mangel an ausgewogener Ernährung, Schlaf und auch sozialen Beziehungen gekennzeichnet. Zudem kommt häufig der Zustand der Alkohol- und/oder Drogenabhängigkeit. So konsumiert ein bemerkenswerter Teil der Betroffenen regelmäßig zuviel Alkohol (ca. 60%). Bei einigen (ca. 30%) war ganz eindeutig ein Suchtverhalten mit den bekannten Folgeerscheinungen zu bemerken. Die Anzahl derer, die gelegentlich bzw. regelmäßig Drogen konsumieren, belief sich nach unserer Einschätzung auf 3 Personen (ca. 10%). Hierbei ist festzuhalten, daß die NÜ's gewöhnlich nicht Hauptanlaufpunkt von Betroffenen der Drogenszene sind. Zudem sind ca. 90% der Betroffenen starke Raucher.

Organerkrankungen machten sich definitiv bei 6 Personen (ca. 20%) bemerkbar (Magen, Leber, Venen,..). Gelegentliche Organprobleme haben etwa doppelt soviel Personen (ca. 40%). Hauterkrankungen wurden im Verlauf des Winters definitiv bei 5 der Betroffenen festgestellt (ca. 15%). Zu trockene und rissige Haut haben sicher ca. 80% der obdachlosen Männer. Einer der Betroffenen war körperlich behindert (psycho- motorisch). Fast alle Männer äußerten wenigstens einmal irgendeine Art von Infektion oder eine andere Art von körperlichen Schwächungen.

Im besonderen Maße möchten wir auf die psychischen Instabilitäten/ Krankheiten von einzelnen hinweisen, die teilweise von Lethargie, über Depression, Aggression, Persönlichkeitsveränderungen bis hin zu Wahnvorstellungen reichen. Auch wurden von 2 Personen suizidale Äußerungen gemacht ("Wenn sich nichts ändert, mach ich Schluß"). Im Allgemeinen sind bei allen Besuchern zeitweise schwermütige bis deprimierte Stimmungen (besonders in der Schlußphase!) festzu-

halten, was die allgemeine Perspektivlosigkeit noch steigert. Alkoholische Exzesse haben hier auch oft ihre Ursachen. Einige, besonders bei den langjährigen Obdachlosen leiden oft unter mehreren der genannten gesundheitlichen Probleme. Diese Einschätzungen sind die gemeinsamen Beurteilungen der SozialarbeiterInnen und ehemalig oder noch aktuell im medizinischen Bereich tätigen MitarbeiterInnen aus dem Team.

b.) Lebenssituation/ Lebensunterhalt

Der Zustand des gesundheitlichen Mangels hat seine Wurzeln zunächst in der wirtschaftlichen Situation der Betroffenen. So erhält/bzw. erhielt ein bemerkenswerter Anteil der Betroffenen in der NÜ aus unterschiedlichen Gründen keinerlei finanzielle Zuwendungen. In der Auenkirchengemeinde war dies bei 10 Personen der Fall. Nach Gesprächen zu urteilen, lehnt ein Teil dieser Personen (ca. 30%) die Unterstützung durch das Sozialamt wg. menschenunwürdiger Praktiken (lange Wartezeiten, abwertende persönl. Behandlung, Unterbringung in sog. "Läusepensionen", u.a. vertreibende Methoden) ab. Einzelne BetreuerInnen, die Betroffene zum Sozialamt begleitet haben, konnten diese vertreibenden Methoden selbst erleben.

Ein anderer Teil dieser Gruppe ist meist entmutigt aufgrund lebensgeschichtlicher Ereignisse und deren Folgen (Unterhaltsansprüche, Schulden, Strafverfolgung usw.).

Einzelne der Gruppe ohne finanzielle Zuwendungen (ca. 50%) sind nicht im Besitz der dt. Staatsbürgerschaft und müssen bei Beantragung der Sozialhilfe mit Konsequenzen durch das Ausländergesetz rechnen. Das Sozialstaatsprinzip wird hier durch Sanktionierung und vertreibende Verwaltungen ad absurdum geführt.

Einem Teil dieser Gruppe konnte durch die Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen geholfen werden, ihre Rechtsansprüche durchzusetzen.

Etwa 2/3 der Personen, die in der NÜ übernachtet haben, erhalten Zuwendungen in Form von Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder Renten. Insgesamt ist zu bemerken, daß alle Personen, bis auf eine, nur schlecht bis gar nicht finanziell bemittelt sind.

c.) Perspektiven/ Wohnraumversorgung:

Das Leben auf der Straße ist, nach eigenen Aussagen, ausnahmslos von keinem freiwillig gewählt worden. Die gängige Unterbringungspraxis der Sozialämter in Pensionen mit überwiegend schlecht bis gar nicht ausgestatteten Mehrbettzimmern und fehlender "abgeschlossener Wohnraum", bietet für viele keine annehmbare Alternative.

Ein längerer Aufenthalt auf der Straße verursacht weitergehend Verelendung, Isolation und letztendlich Persönlichkeitsveränderungen, die dann kaum kurzfristig umkehrbar erscheinen. Ein großer Teil derer die in der NÜ übernachteten, war bereits von diesen Folgen betroffen. Die Dynamik, die diesen Personenkreis erfasst hat, macht die Betroffenen auf dem freien Arbeits- und Wohnungsmarkt so gut wie chancenlos. Letztendlich müssen wir auch diesen Winter bis auf 4 Personen (ca. 12%), die inzwischen eine längerfristige Unterkunft haben (eigene Wohnung, Zimmer im Wohnungslosenheim), spätestens mit Ablauf der Kältehilfe wieder auf die Straße entlassen. Stabilisierungsansätze, die gerade bei Mitgliedern der sog. "Stammgruppe" (s.o.) sichtbar wurden, werden wieder auf der "Straße" verpuffen.

5. Auslastung

Das von uns geführte Dienstbuch zeigt, daß in der NÜ durchschnittlich ca. 7 Betten belegt waren (ca. 85%). Der niedrigstwert lag dabei bei 3 Personen (z.B. am ersten Tag), der Höchstwert bei 10 Personen (+ Couch, + unvollständiges Reservebett). Der Monat mit der schlechtesten durchschnittlichen Auslastung war der November (durchschnittl. 5,8 Personen pro Nacht), der Monat mit der durchschnittl. intensivsten Nutzung war der Februar (durchschnittl. 8,2 Personen pro Nacht).

Die Nichtbelegung von durchschnittlich einem Bett ergibt sich einerseits durch eine Anlaufphase im November '92, sowie durch Fluktuation bei den Besuchern andererseits. Die Auslastung wurde im Laufe des Winters durch ständige Veränderungen/Verbesserungen der Kommunikation im "Team" und zwischen "Team" und anderen Einrichtungen (Beratungsstellen, NÜ's, Projekte) ständig zu erhöhen versucht. Fallende Temperaturen bewirkten das ihrige. Lag die

Nichtbelegungsquote anfangs noch bei durchschnittlich über zwei Betten/Nacht, so war die NÜ im Februar meist überbelegt. War die Kapazität erreicht, versuchten die jeweiligen Betreuer mit Hilfe eines Helferordners, der sämtliche wichtigen Telefonnummern enthielt, Betten in anderen NÜ's zu vermitteln, was zeitweise auch möglich war.

Die o.g. Nichtbelegung ist freilich auch eine Nebenwirkung der Stammgruppenbildung, da nächteweise Plätze nach außen hin als belegt gelten konnten, auch wenn die jeweilige Person nicht dort geschlafen hat. Wäre die Konsequenz, die Kapazitäten nie als erreicht anzugeben, sodaß mehr Menschen kommen würden als in der NÜ Platz hätten, könnte die NÜ zwar 100prozentig ausgelastet werden, doch bedeutete dies, daß Betroffene bereits 2- 3 Stunden vor Einlaßzeit vor der Tür warten würden, um einen Platz zu bekommen. Frustration wäre das Resultat. Stammgruppenbildung wäre nur unter Druck einer Gruppe auf einzelne möglich (Wettbewerb, Verdrängung). Menschen müssten regelmäßig weggeschickt werden, Gruppenarbeit und Stabilisierung wären unmöglich. Eine noch höhere Auslastung als 85 % ließe sich unserer Ansicht nach nur durch eine jederzeit erreichbare Bettenkoordinationsstelle erzielen, um kurzfristig z.B. abends um 21.00 Uhr noch freie Betten melden und belegen zu können.

6. Kosten und Verbrauch

Die Auenkirchengemeinde hat im Winter 1992/93 Zuwendungen in Höhe von 94.620 DM bewilligt bekommen. Die Finanzierung umfasst hier Personalkosten, einmalige und laufende Sachkosten. Der größte Teil der Zuwendung sind die Personalkosten (über 50.000 DM).

Es werden nach Stand der bisherigen Abrechnungen über 11.000 DM an Zuwendungsmitteln 92/93 an den Senat für Soziales zurückfließen, da die Ausgaben auf einigen Posten relativ niedrig gehalten werden konnten (Wäscherei, Hygienemittel, Klingelanlage, Haushaltsgegenstände,..). Bei der Anschaffung von Haushaltsgegenständen (z.B. Lampen, Staubsauger, Töpfe, Geschirr und Besteck,..) konnten beispielsweise erhebliche Mittel durch Sachspenden aus der Gemeinde eingespart werden. Ebenso kam der Einbau der Klingelanlage bedeutend billiger als geplant.

Die Kosten, die auf Laien verständlicherweise häufig enorm hoch wirken, sind allerdings im Vergleich angemessen. So sind die Kosten, die bei der Unterbringung in Läusepensionen, die ohne jegliche Verköstigung und ohne regulative Wirkung von Betreuern arbeiten, verhältnismäßig höher. Die Kosten, die in Krankenhäusern bei Versorgung von erkrankten und verunglückten obdachlosen Menschen, die auf der Strasse leben, entstehen, sind sogar noch wesentlich höher.

7. Empfehlungen/ Forderungen

- kleine Einrichtungen in Kirchengemeinden

Da obdachlose Menschen oft eine Vielzahl von Problemen haben (s.o.), kann eine reine Unterbringung nur als Verwaltung dieser Menschen gelten. Daher hat der Senat eine Unterbringung mit Betreuung in den Kirchengemeinden bereits das 4. Jahr gefördert. Erfahrungen in der Sozialarbeit bestätigen, daß in kleinen betreuten Gruppen die pädagogische Wirkung größer ist als in großen Gruppen.

Wie das Beispiel Turnhalle in der Turmstr. und aktuelle Obdachlosenzahlen zeigen ist der Bedarf an menschenwürdigen Schlafplätzen immer noch nicht gedeckt. Die NÜ's in den Kirchen können dabei sicherlich keine befriedigende Lösungen sein, bilden aber eine wichtige Stufe im Hilfesystem für Obdachlose. Somit halten wir es für dringend notwendig, den Rahmen der Kältehilfe zu erweitern und zusätzliche Betten in Gemeinden zu schaffen. Die Anbindung an eine Kirchengemeinde scheint uns dabei besonders gelungen. Aktivitäten im Gemeindeleben, zu denen die obdachlosen Männer häufig eingeladen wurden (Messe, Weihnachtsfeier,..), erzeugten Interesse für die besondere Problematik der Obdachlosigkeit. Zugehörigkeit wurde entwickelt ("unsere obdachlosen Männer"). Die Betroffenen konnten ggf. diverse Angebote in der Gemeinde nutzen, was sowohl deren Motivation als auch Integrationsbestreben steigerte. Praktische Hilfen durch Sachspenden erleichterten die Organisation und senkten Kosten.

-ganzjährig

Wie jedes Jahr werden Ende März/Mitte April die NÜ's ihre Pforten schließen. Viele der Betroffenen sehen einem Sommer in Parks, auf Bahnhöfen, in U-Bahnen usw. entgegen. Unmut macht sich zurecht breit. Wie oben bereits geschildert ist für die meisten der Betroffenen der freie Wohnungsmarkt nicht zugänglich. Der Verelendungsprozeß des letzten Herbstes findet hier Anschluß. Kleine Erfolge werden durch die lange Sommerpause bis zum nächsten Winter kaputtgemacht. In einem der reichsten Staaten der Erde vegetieren Menschen auf der Strasse. Die im Grundgesetz formulierte "Menschenwürde" wird monatelang mit Füßen getreten werden. Daher ist Weiterführung einiger NÜ'en während der Sommermonate sinnvoll und dringend notwendig. Kirchengemeinden müssen dafür gewonnen werden, die Finanzierung muß gesichert sein. Wir fordern den Senat auf, die notwendigen Schritte dafür einzuleiten.

-Koordinationsstellen

Nach unserer Einschätzungen/ Erfahrungen benötigt ein Notübernachtungsprojekt alleine für die notwendigen koordinatorischen und organisatorischen Arbeiten qualifizierte Kräfte, die sich mit etwa 20 Stunden wöchentlich einbringen. Würden wir die Verwaltungsarbeiten, Öffentlichkeitsarbeit, notwendige Einzelfallhilfe bei Klienten mitberechnen, ließe sich dieser Zeitaufwand schnell auf etwa 40 Std./ Woche erweitern. Viele der Gemeinden können diesen Mehraufwand nicht leisten. Es finden sich auch nicht immer "Ehrenamtliche" oder "besonders Engagierte" unter den BetreuerInnen, die diese Arbeit dauerhaft leisten.

Daher halten wir es für notwendig koordinatorische Kräfte in den Finanzierungsplan mit aufzunehmen, um mehr Plätze schaffen zu können, einen optimalen Verlauf zu gewährleisten und den Betroffenen ein höchstmögliches Maß an Hilfe zukommen zu lassen.

-weitergehende Versorgungsmöglichkeiten

Die NÜ'en können natürlich nur ein relativ niedrigschwelliges Angebot im Gesamtsystem der Hilfen sein. Was uns/ bzw. den Betroffenen bis zum Schluß fehlte, waren genug weitergehende Hilfen.

D.h. z.B. Wohnprojekte mit sozialarbeiterischer/ medizinischer Betreuung, um die Betroffenen zum "normalen", unabhängigen Leben hinzuführen.

Die Projekte, die vorhanden sind, sind voll belegt -"verstopft"- und für die Besucher der NÜ wenn überhaupt nur mit langen Wartezeiten zugänglich. Dabei erscheint uns gerade die gezielte Arbeit am Selbstbild des Betroffenen sowie an wirkungsvollen Lösungsstrategien erforderlich. Jedoch die Angebote fehlen.

-Kontrolle von Pensionen

Viele derer, die bei uns übernachtet haben, könnten sich auch in Pensionszimmern unterbringen lassen. Doch wir waren immer wieder überrascht, mit welcher Vehemenz die Männer diese Form der Unterbringung ablehnen. Einerseits wurden die unannehmbare Raumsituation (2- 6 Leute auf 20 qm), hygienische Mängel usw. genannt, andererseits wurde ganz klar der regulative Rahmen (z.B. keine Gewalt, Kein Alkohol) in den NÜ'en gesucht. Das Preis/ Leistungsverhältnis der Pensionen ist lange schon der Verwaltung und dem Senat bekannt. So lange sich dort nichts verändert, werden viele der obdachlosen Männer und Frauen weiterhin sich dieser Möglichkeit zurecht verwehren.

-Beseitigung von Wohnungslosigkeit

Trotz der vielseitigen persönlichen Probleme, die diese Männer, welche die NÜ nutzten, haben, die sicherlich mitverantwortlich für deren Situation sind, sehen wir in der allgemeinen Wohnungsnot eine der Hauptursachen für Wohnungslosigkeit. Die immer härteren Bedingungen auf dem freien Wohnungsmarkt, das Spannungsverhältnis zwischen Wohnraum als nicht ersetzbarer, elementare Voraussetzung für menschenwürdiges Dasein und Wohnraum als Ware, Tausch- und Anlageobjekt sollte den "Staat" mehr und mehr motivieren, sozial regulierend einzugreifen. Wir fordern den Senat nachträglich dazu auf.